

KÖLNER FORUM
FÜR
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND
SICHERHEITSPOLITIK



KFIBS-Analyse

Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union von Barcelona (1995) bis Paris (2008)

Eine entwicklungsgeschichtliche Bestandsaufnahme

Von Arnold Kammel
arnold.kammel@kfibs.org

Ausgabe
2/08

Kontakt **KFIBS e. V.**: Balthasar-Neumann-Platz 24G, D-50321 Brühl (Rheinland),
E-Mail: info@kfibs.org, URL: www.kfibs.org

* * *

1. Einführung in die Thematik: Die Mittelmeerregion als Feld europäischer Interessenpolitik

Für die Europäische Union (EU) stellt der Mittelmeerraum im Geflecht der internationalen Beziehungen einen wichtigen Bezugsrahmen und eine bedeutende Dimension in politischer, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht dar. Dies macht auch die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vom 12. Dezember 2003 deutlich, die festhält, dass es „im Interesse der Europäischen Union [liegt], den Mittelmeerpartnern durch effizientere Gestaltung der wirtschafts-, sicherheits- und kulturpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses weiter beizustehen. Ferner muss eine [sic] stärkeres Engagement gegenüber der arabischen Welt ins Auge gefasst werden“.¹ Dennoch kann im Hinblick auf die Mittelmeerpolitik der EU nicht von einer einheitlichen, kohärenten Politik gesprochen werden. Die von Frankreich ausgehende Initiative, eine Union für das Mittelmeer zu schaffen, hat daher die Diskussion über den seit 1995 bestehenden Barcelona-Prozess – die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) – und über die Intensivierung der euromediterranen Beziehungen in einen breiteren Kontext gestellt. Durch die Debatte wurde es möglich, die im Rahmen des Barcelona-Prozesses erzielten Ergebnisse zu evaluieren und auch die Schwachstellen desselben zu identifizieren sowie hier notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um das erklärte Ziel, auch an den Mittelmeergrenzen einen „Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“ zu bilden, zu erreichen.² Dafür ist es jedoch notwendig, dass Europa gemeinsam agiert, denn die Mittelmeerunion ist eine Mission für ganz Europa, wie dies auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel unmissverständlich feststellte.³

2. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft: Der Barcelona-Prozess

Im Rahmen der am 27. und 28. November 1995 in Barcelona abgehaltenen Euro-Mediterranen Außenministerkonferenz wurde die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP)

¹ Vgl. ESS (2003): „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, 8, online verfügbar unter: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (12.10.2008).

² Ebenda.

³ EurActiv, 13. Dezember 2007.

ins Leben gerufen; sie diene als institutioneller Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den meisten Mittelmeeranrainerländern, von denen Algerien, Ägypten, Israel, Libanon, Marokko, die Palästinensischen Gebiete, Syrien, Tunesien und die Türkei sowie – als Nichtanrainerstaat – Jordanien, teilnahmen. Libyen hat zudem einen Beobachterstatus inne. Im Mai 2005 hat Mauretanien, welches ebenfalls den Beobachterstatus besaß, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft gestellt. Heute beteiligen sich am Barcelona-Prozess insgesamt 37 Staaten (darunter 27 EU-Mitgliedstaaten und die zehn zuvor genannten Partnerländer).

Zu den politischen Zielen der multilateralen Partnerschaft wurden Frieden, Stabilität und Wohlstand im Mittelmeerraum erklärt, die sich in den drei Körben der Euro-Mediterranen Partnerschaft wiederfinden:⁴

- (1) Die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Raumes, in dem Frieden und Stabilität herrschen;
- (2) die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zur Schaffung eines Raumes gemeinsamen Wohlstandes;
- (3) die Zusammenarbeit im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich zur Entwicklung der Humanressourcen, zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses der Kulturen und zur Förderung des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften.

Der Themenkomplex Justiz, Sicherheit, Migration und soziale Integration hat sich ab dem Jahr 2005 zu einem vierten großen Bereich entwickelt.

2.1. Die Teilbereiche der Euro-Mediterranen Partnerschaft

2.1.1. Die politische und sicherheitspolitische Partnerschaft

Das Ziel einer Charta für Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum über Kooperation und Förderung in den Bereichen Menschenrechte, demokratische Normen, gesellschaftlicher Pluralismus, territoriale Integrität, friedliche Streitbeilegung, Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie Nonproliferation konnte bislang nicht vollendet werden. Jedoch wurden ein Dialog im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie informelle Gesprächskreise über

⁴ Vgl. Abschlusserklärung der Europa-Mittelmeer-Konferenz vom 27./28. November 1995 in Barcelona und dazugehöriges Arbeitsprogramm.

Sicherheitsfragen und Zusammenarbeit bei Naturkatastrophen vereinbart. Im Mittelpunkt der Kooperation stehen die so genannten *follow-ups* („Arbeitsprogramme“), die auf vertrauensbildende Maßnahmen abzielen.⁵ Exemplarisch kann in diesem Kontext auf das „Netzwerk von Instituten für auswärtige Politik“ (EuroMeSCo) verwiesen werden. In diesem Rahmen soll die Zusammenarbeit zwischen den Zivilgesellschaften intensiviert werden.⁶ Beim Gipfeltreffen anlässlich des 10. Jahrestages wurde darüber hinaus ein *Code of Conduct* aller EuroMed-Staaten zur Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung verabschiedet.

Die Probleme im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit beruhen insbesondere auf unterschiedlichen Sicherheitsperzeptionen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern, welche die Einigung auf einen gemeinsamen Ansatz erschweren.

2.1.2. Die wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft

Die Barcelona-Erklärung von 1995 sieht die Schaffung einer Euro-Mediterranen Freihandelszone bis zum Jahr 2010 vor. Wichtige Bausteine sind die Assoziationsabkommen mit allen EuroMed-Partnern. Entsprechende Abkommen mit Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon und Marokko sind bereits in Kraft getreten; ein vorläufiges Abkommen mit den Palästinensischen Gebieten wurde zwar geschlossen und ist in Kraft, wird aber von Israel nicht anerkannt. Trotz des Booms bei Energie und Rohstoffen ist es den Mittelmeeranrainern noch nicht vollständig gelungen, diesen Aufschwung für die eigene Wirtschaft zu nutzen – insbesondere fehlt es noch an Joint Ventures und Industrieprojekten in der Region.⁷

2.1.3. Die soziale und kulturelle Partnerschaft

Im April 2005 wurde die so genannte Anna Lindh Euro-Mediterranean Foundation for the Dialogue between Cultures⁸ für den Austausch zwischen den

⁵ Ritz, Par Joscha: Von der Euro-Mediterranen Partnerschaft zur Europäischen Nachbarschaftspolitik. In: *Visions d'Europe*, Mai 2006, 2.

⁶ Hauptprojekt ist in diesem Zusammenhang das EuroMeSCo-Netzwerk.

⁷ Economist.com: The Med's moment comes, July 12, 2008, online abrufbar unter: http://www.economist.com/blogs/theinbox/2008/07/the_meds_moment_comes_july_12t.cfm (12.10.2008).

⁸ Für nähere Informationen zur Stiftung siehe deren Website: <http://www.euromedalex.org/Home/EN/Home.aspx> (12.10.2008).

Kulturen in Alexandria (Ägypten) gegründet. Diese Stiftung ist die erste Institution des Barcelona-Prozesses mit dem Ziel, das Wissen übereinander und das Verständnis füreinander zu fördern. Darüber hinaus soll die Stiftung dazu beitragen, Initiativen zu unterstützen, die den Dialog zwischen den Religionen in der Region und den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit sowie der Grund- und Menschenrechte fördern.⁹ Des Weiteren wurde mit der Stiftung ein Netzwerk geschaffen, an dem geeignete Institute und Organisationen aus allen EuroMed-Staaten teilnehmen, um einen konstruktiven Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen im Rahmen der EMP zu entwickeln.¹⁰

2.1.4. Justiz, Sicherheit, Migration und soziale Integration

Mit einem speziellen Programm Justiz, Verbrechensbekämpfung und Migration im Aktionsplan von Valencia wurde im Jahr 2002 eine Reihe von Projekten zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angestoßen. Das auf dem Gipfeltreffen 2005 von den EuroMed-Partnern verabschiedete 5-Jahres-Arbeitsprogramm sieht eine verstärkte Kooperation in diesem Bereich vor.

⁹ S. Artikel II des Statuts der Stiftung.

¹⁰ S. Artikel XIII des Statuts der Stiftung.

2.2. Arbeitsweise und Struktur der Euro-Mediterranen Partnerschaft

Die Außenministerkonferenzen tagen im Regelfall alle 18 Monate. Daneben gibt es sektorale Ministerkonferenzen – je nach Bedarf –, die von *Senior Officials Meetings* oder *Ad-hoc*-Expertengruppen vorbereitet werden.

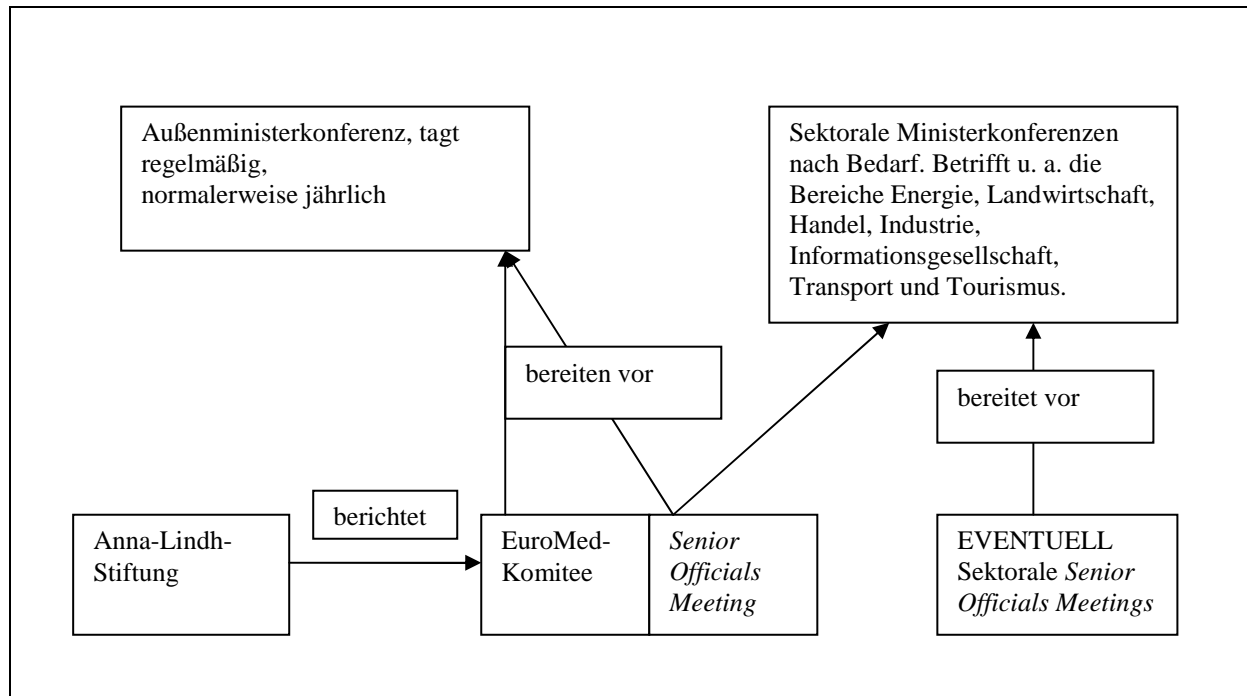


Abb. 1: Die Strukturen der EuroMed-Partnerschaft.

Bei der Außenministerkonferenz der EuroMed-Partnerschaft in Neapel am 3. Dezember 2003 wurde die Einrichtung einer EuroMed-Parlamentarischen Versammlung (EMPV) beschlossen, die sich am 22. und 23. März 2004 in Athen mit insgesamt 240 Parlamentariern aus den EuroMed-Staaten sowie dem Europäischen Parlament (EP) konstituierte. Die 240 Parlamentarier setzen sich aus 120 Vertretern der EU (75 von ihnen aus den nationalen Parlamenten und 45 aus dem EP) und 120 Delegierten aus den Mittelmeeranrainerländern zusammen; die letzte Plenartagung fand am 27. und 28. März 2008 in Athen statt.

Für die Durchführung auf Beamtenebene ist das EuroMed-Komitee zuständig, das von der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft geleitet wird. Vor den Sitzungen des Komitees tagen die *Senior Officials*, die insbesondere die politischen und sicherheitspolitischen Aspekte des Barcelona-Prozesses koordinieren, wobei meist der Kampf gegen den Terrorismus und die Mittel gegen die Finanzierung des Terrorismus im Vordergrund

stehen.¹¹ Die mindestens einmal jährlich tagende EMPV dient der Besprechung aller aktuellen Themen in der Region und unterteilt sich in drei Komitees,¹² die eine sinnvolle Ergänzung der Treffen auf der Ebene von Beamten und zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft darstellen.

Neben der multilateralen Ebene werden insbesondere auf bilateraler Ebene eine Reihe von Aktivitäten zwischen der EU und einzelnen Mittelmeeranrainerstaaten durchgeführt. Als wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang sind die EuroMed-Assoziierungsabkommen zu nennen, die von der EU mit den mediterranen Partnern individuell ausgehandelt werden – und welche die generellen Prinzipien der EMP reflektieren. Diese Assoziierungsabkommen ersetzen auch die in den 1970er-Jahren ausgehandelten Kooperationsabkommen. Alle Abkommen beinhalten eine Klausel, die den Respekt vor den demokratischen Prinzipien wie den Menschenrechten als essenzielles Element der Assoziierung betont. Darüber hinaus enthalten diese Abkommen Regeln über den politischen Dialog, den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit, soziale und kulturelle Kooperation sowie institutionelle Regelungen.¹³

2.3. Die Finanzierung der Euro-Mediterranen Partnerschaft

Seit 1995 ist das MEDA¹⁴-Programm das wesentliche Instrument, um die EMP zu finanzieren. Zur Implementierung der EMP unterstützte die EU zwischen den Jahren 2000 und 2006 mithilfe des Programms MEDA-II¹⁵ die Strukturreformen von Wirtschaft und Verwaltung in den Partnerländern mit Finanzhilfen in Höhe von 5,35 Mrd. Euro. Überdies werden von der Europäischen Investitionsbank (EIB) über ihre verstärkte Mittelmeer-Fazilität (FEMIP) für die Partnerländer Darlehen von bis zu 8,7 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.¹⁶

¹¹ Commission (2003), 6.

¹² Committee on Political Affairs, Security and Human Rights; Committee on Economic, Financial and Social Affairs.

¹³ Commission (2003): 9.

¹⁴ Mésures d'accompagnement financières et techniques/MEDA („Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen“).

¹⁵ Die einzelnen Projekte finden sich nach Ländern geordnet in Annex III des „European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI) Regional Strategy Paper (2007-2013) and Regional Indicative Programme (2007-2010) for the Euro-Mediterranean Partnership“.

¹⁶ Vgl. European Investment Bank: FEMIP Annual Report 2007.

Von den südlichen Partnern wird immer wieder die Notwendigkeit der Investitionsankurbelung für das Funktionieren der Assoziationsabkommen und der geplanten Freihandelszone sowie generell für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Mittelmeerregion betont, weswegen des Öfteren auch die Einrichtung einer euromediterranen Entwicklungsbank gefordert wurde, was jedoch vonseiten der EU-Mitgliedstaaten zurückgewiesen wurde.

2.4. Die Bilanz des Barcelona-Prozesses

Betrachtet man die selbst gesteckten Ziele des Barcelona-Prozesses, insbesondere das Ziel, einen „Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands“ schaffen zu wollen, so sind die bisherigen Ergebnisse bescheiden – vor allem wenn man die Entwicklungen des nahöstlichen Friedensprozesses betrachtet. Es ist jedoch gelungen, einen Rahmen für eine vertrauensvolle Kooperation zwischen nördlichen und südlichen Küstenanrainern zu schaffen, wenngleich es auf beiden Seiten des Mittelmeers an der notwendigen Bereitschaft fehlte, die Euro-Mediterrane Partnerschaft konsequent umzusetzen.¹⁷ Besonders in der Demokratisierungspolitik gibt es noch erhebliche Abweichungen von den Zielen der Erklärung von Barcelona, wobei das Konzept der EU, mit positiven Anreizen auf politische Reformbemühungen in den Mittelmeeranrainerstaaten hinzuarbeiten, recht Erfolg versprechend zu sein scheint. Das bisherige Fortbestehen der EMP zeugt von einem nachhaltigen Interesse aller beteiligten Akteure, das nicht zuletzt auf die zahlreichen Erfolge im meist unspektakulären Bereich der sektoralen Kooperation zurückzuführen ist. Damit hat die EMP bereits die Eigendynamik entfaltet, die in der Logik des Barcelona-Prozesses angelegt wurde – und die es in der weiteren Entwicklung des besagten Prozesses zu stärken gilt.¹⁸

¹⁷ Jünemann, Annette (2005): Zehn Jahre Barcelona-Prozess. Eine gemischte Bilanz. In: APuZ 45/2005, 7. November 2005, 7-14 (14).

¹⁸ Jünemann (2001): 57.

3. Gemeinsame Strategie der EU für den Mittelmeerraum

Fünf Jahre nach Beginn des Barcelona-Prozesses wurde beim Europäischen Rat von Santa Maria da Feira vom 19. Juni 2000 auf der Grundlage von Art. 13 Abs. 2 EUV eine Gemeinsame Strategie für den Mittelmeerraum verabschiedet, in der die strategische Bedeutung des Mittelmeerraumes für die EU festgehalten wurde. Recht ambitioniert werden in Teil II der Strategie die Ziele der EU für den Mittelmeerraum definiert:¹⁹

- (1) Erzielung nennenswerter, messbarer Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Barcelona-Erklärung und des darauf beruhenden Besitzstandes.
- (2) Förderung der zentralen Werte, für die die EU und ihre Mitgliedstaaten eintreten, einschließlich der Menschenrechte, der Demokratie, der verantwortungsvollen Staatsführung, der Transparenz und der Rechtsstaatlichkeit.
- (3) Ermutigung und Unterstützung der Mittelmeerpartner beim Prozess der Einführung des Freihandels sowohl mit der EU als auch untereinander unter den in der Erklärung von Barcelona genannten Bedingungen, bei der wirtschaftlichen Umstellung und bei der Schaffung von Anreizen für eine verstärkte Investitionstätigkeit in der Region.
- (4) Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres entsprechend den vom Europäischen Rat in Tampere gegebenen Hinweisen.
- (5) Fortsetzung des Dialogs zwischen den Kulturen und Zivilisationen als Mittel der Bekämpfung von Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Diese Strategie sollte ursprünglich für die Dauer von vier Jahren gelten, wurde aber schließlich für zwei weitere Jahre verlängert. Auf der Basis dieser Gemeinsamen Strategie und im Zusammenhang mit der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 entwickelte die Union im Frühjahr 2004 ein Konzept der „Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten“. Dieses Partnerschaftskonzept wurde vom Europäischen Rat im Juni 2004 angenommen und nennt drei wesentliche Zielsetzungen:²⁰

- Politische Reformen, verantwortungsvolle Staatsführung, Demokratie und Menschenrechte zu fördern;

¹⁹ A. a. O.

²⁰ Bulletin EU 6-2004: Pkt. I.17.67.

- den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Liberalisierung der Wirtschaft und die Kontakte zwischen den Menschen anzuregen;
- die Konfliktverhütung und -lösung im Mittelmeerraum und im Nahen und Mittleren Osten sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der illegalen Einwanderung zu fördern.

Wesentlich ist im Zusammenhang mit dem Partnerschaftskonzept, dass dieses dabei zugleich auf die Notwendigkeit der Differenzierung nach den einzelnen Ländern und auf den Grundsatz verweist, dass Reformen von innen heraus erfolgen müssen und nicht von außen aufgezwungen werden dürfen.²¹

4. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und der Mittelmeerraum

Im Jahr 2004 wurden die Mittelmeeranrainerstaaten in die Europäische Nachbarschaftspolitik integriert, die den Barcelona-Prozess nicht ersetzen, sondern vielmehr stärken und ergänzen sollte. Ziel der ENP ist es, die Nachbarländer der EU, die keine Beitrittsaussichten zur Union besitzen, für die Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen mit einer engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit an die EU zu binden. Zu diesem Zweck wurden Aktionspläne bilateral zwischen der EU und den Nachbarländern für die Dauer von drei bis fünf Jahren ausgehandelt. Die ENP wurde voll auf die – nach der großen EU-Erweiterung von 2004 – neuen Nachbarn in Osteuropa angewendet, während nur ein Teil der Mittelmeeranrainerstaaten in die Europäische Nachbarschaftspolitik integriert sind. Da die ENP auf bestehende Vereinbarungen zwischen der EU und dem jeweiligen Partner aufbaut, wurde die ENP für Libyen und Syrien noch nicht aktiviert,²² da bisher keine derartigen Vereinbarungen in Kraft getreten sind. Aufgrund ihrer Beitrittsperspektive sind Albanien und die Türkei nicht an der EU-Nachbarschaftspolitik beteiligt. Algerien, das die Voraussetzungen zwar prinzipiell erfüllt, hat sich jedoch gegen die Aushandlung eines Aktionsplans entschieden. Das Potenzial der ENP, den Barcelona-Prozess nachhaltig zu unterstützen, blieb auch deshalb von Anfang an in seinem

²¹ Bulletin EU 6-2004: Pkt. 1.6.63.

²² Dies gilt auch für Weißrussland.

Wirkungskreis begrenzt, weil die alten Hindernisse und Hemmfaktoren, die seinerzeit schon den Barcelona-Prozess blockierten, wie z. B. die Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika, weiterhin Bestand haben.²³

5. Die Union für das Mittelmeer (UMed)

5.1. Die Idee einer *Union de la Méditerranée* von Präsident Sarkozy

Die südlichen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich und Spanien, zeigten sich seit Jahren unzufrieden mit den Fortschritten im Barcelona-Prozess. Große, heterogene Interessen, unzureichende partnerschaftliche Strukturen und die schwierige Zusammenarbeit durch den Konflikt im Nahen Osten lähmen das vorhandene Potenzial des Prozesses. Durch die EU-Osterweiterung von 2004 und die Schaffung der Europäischen Nachbarschaftspolitik befürchteten die mediterranen EU-Mitgliedstaaten eine Aushöhlung der EMP und einen Verlust ihres Einflusses in der Region sowie die Gefahr eines Ost-Süd-Ungleichgewichts.²⁴ Des Weiteren wurden die fehlenden Ressourcen sowie die fehlende politische Unterstützung durch die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bemängelt.²⁵ Daher müssen die Wünsche der Mittelmeeranrainerstaaten auch in Erwägung gezogen werden. Es besteht kein Zweifel daran, dass diese eine enge Kooperation mit ihren unmittelbaren Nachbarn wünschen. Dennoch kann ihr primäres Ziel, einen Zugang zum europäischen Markt zu erhalten, nur von der EU selbst erfüllt werden.²⁶

Im Zuge seines Wahlkampfes erwähnte der damalige französische Präsidentschaftskandidat Sarkozy in einer Rede in Toulon²⁷ am 7. Februar 2007 zum ersten Mal seine Vorstellung von der Schaffung einer Mittelmeerunion. Gemeinsam mit Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern müsste Frankreich die Initiative für die Schaffung eines Forums mit den Mittelmeeranrainern ergreifen, die sich am Vorbild der EU orientiere und den Aufbau gemeinsamer Institutionen zum Ziel habe, so Sarkozys

²³ Zorob (2008): 2.

²⁴ Albioni u. a. (2008): 14.

²⁵ Vasconcelos (2007): 16.

²⁶ Vasconcelos (2007): 17.

²⁷ Discours de Nicolas SARKOZY, Toulon – Mercredi 7 février 2007, zum Download unter: http://www.sarkozy.fr/download/?mode=press&filename=7fevrier2007_Toulon_DiscoursNS.pdf (12.10.2008).

Tenor. Ein Mittelmeerrat solle geschaffen und eine Mittelmeer-Investitionsbank aufgebaut werden. Als zentrale Aufgabe nannte Sarkozy den Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems. Überdies sollte sich die Union, so Sarkozys Vorstellung, auf vier Kooperationsbereiche konzentrieren, welche die Einwanderungspolitik, den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen Korruption, das organisierte Verbrechen und den Terrorismus umfassen sollten.

In vielen EU-Mitgliedstaaten sowie der Türkei²⁸, Libyen und Algerien löste der französische Alleingang große Skepsis aus; auch aus Spanien waren kritische Stimmen zu vernehmen. Man befürchtete, dass die Mittelmeerunion womöglich den Barcelona-Prozess unterminieren könnte.²⁹ Sarkozy sah sich daher gezwungen, seine ursprünglichen Pläne einstweilen zurückzustellen und in der Region für seine Pläne zu werben.³⁰ Beim Treffen mit den Ministerpräsidenten von Italien und Spanien am 21. Dezember 2007³¹ in Rom war nicht mehr von einer „Mittelmeerunion“, sondern stattdessen von einer „Union für das Mittelmeer“ (kurz: UMed) die Rede, die sich auf das Prinzip der Kooperation und nicht der Integration stützen sollte.³² Trotzdem beharrte insbesondere Deutschland darauf, dass es sich bei der UMed nicht um einen „exklusiven Klub“ der Mittelmeerstaaten unter französischer Führung handeln solle, sondern dass sich alle 27 EU-Mitgliedstaaten daran zu beteiligen hätten. Von einigen Mitgliedstaaten hatte es auch Widerstand hinsichtlich möglicher zusätzlicher Kosten durch die UMed gegeben.³³

5.2. Der „Kompromiss von Hannover“ zwischen Merkel und Sarkozy: „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“

Am Rande der Eröffnung der Cebit am 3. März 2008 in Hannover kam es bei einem Treffen zwischen der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy zum entscheidenden Durchbruch. Es wurde vereinbart – im Zusammenhang mit der Kooperation der EU mit dem Mittelmeerraum –, den Barcelona-Prozess fortzuentwickeln und auf eine neue Stufe zu stellen. Vor allem aber konnte

²⁸ Vgl. z. B.: USA Today: Turkey: 'Mediterranean Union' no EU alternative, 5/30/2007.

²⁹ Schmid (2008): 8.

³⁰ Vgl. u. a.: International Herald Tribune: Sarkozy to go to North Africa to sell proposal for Mediterranean Union (July 9, 2007); Le Figaro: Sarkozy tests the Mediterranean Union in the Maghreb (14/10/2007).

³¹ Vgl. DW-WORLD.DE: Sarkozy Gets Italy, Spain on Board for "Mediterranean Union" (21.12.2007).

³² Zorob (2008): 4.

³³ Vgl. Handelsblatt.com: Berschens/Rinke (2008): Deutsch-französisches Unbehagen. Paris verprellt Berlin mit Mittelmeer-Union, 06.02.2008.

Einigung darüber erzielt werden, dass die UMed ein Projekt aller 27 EU-Mitgliedstaaten werden soll.³⁴ Außerdem stellte Merkel fest, dass die Aktivitäten der EU in dieser Region ein „zentrales Element“ der EU-Außenpolitik darstellten.³⁵ Um auch die anderen, teilweise skeptischen EU-Mitgliedstaaten positiv zu stimmen, wurde vereinbart, dass keine zusätzlichen Finanzmittel von den Mitgliedstaaten für die UMed zu entrichten seien.³⁶

Diese Haltung wurde zehn Tage später durch den Europäischen Rat am 13. und 14. März 2008, bei dem im Grundsatz einer UMed zugestimmt wurde, welche die EU-Mitgliedstaaten und nicht die der EU angehörenden Mittelmeerränderstaaten umfassen sollte, bestätigt. Die Europäische Kommission wurde daraufhin aufgefordert (im Hinblick auf den von der bis dahin im Amt befindlichen französischen Präsidentschaft geplanten Gipfel am 13. Juli 2008), die notwendigen Vorschläge zur Festlegung der Modalitäten für den künftigen „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ zu unterbreiten.³⁷

5.3. Fakten zur UMed: Institutionen, Verfahren und Finanzierung

Am 13. Juli 2008 wurde die UMed auf dem Paris-Gipfel für den Mittelmeerraum aus der Taufe gehoben. Die Mittelmeerunion soll eine losere Gemeinschaft bilden als die EU. Sarkozy rief zwar die Mittelmeerstaaten dazu auf, „dasselbe zu tun, mit demselben Ziel und derselben Methode“³⁸ wie die Europäische Union, stellte jedoch klar, dass die Mittelmeerunion nicht auf dem supranationalen Modell der EU gegründet sein werde.

Mitglieder der UMed werden neben den 27 EU-Mitgliedstaaten Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Monaco und Montenegro, die zehn südlichen Mittelmeerränder Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, die Palästinensischen Gebiete, der Libanon, Syrien, die Türkei und Albanien sowie die nicht an das Mittelmeer angrenzenden, aber an der EMP teilnehmenden Staaten Jordanien und Mauretanien sein.

³⁴ Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy, Mitschrift Pressekonferenz, 3. März 2008, zum Download unter:

http://www.bundeskanzlerin.de/nn_179150/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2008/03/2008-03-03-pk-merkel-sarkozy.html (12.10.2008).

³⁵ Vgl. EurActiv: Germany and France reach agreement on Mediterranean Union, 5. März 2008.

³⁶ Um zusätzliche Mittel für Projekte zu erlangen, sind auch Zuschüsse gemeinnütziger Organisationen und Privatunternehmen geplant.

³⁷ Vgl. Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. März 2008 in Brüssel – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7652/1/08 REV 1, Annex I, 19.

³⁸ Vgl. Opening speech by M. Nicolas Sarkozy at the Summit of the Union for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008, zum Download unter: http://www.ambafrance-uk.org/Summit-of-the-Union-for-the.html#sommaire_1 (12.10.2008).

Ferner werden die Europäische Kommission und die Arabische Liga an den Treffen der UMed teilnehmen.

Mit der UMed soll verstärkt ein Forum für multilaterale Beziehungen geschaffen werden, das auf dem Prinzip des *co-ownership* basiert. Die Ergebnisse des Barcelona-Prozesses sollen damit auch für die Bevölkerung transparenter gemacht werden.³⁹

In der Abschlusserklärung des Gipfeltreffens von Paris vom 13. Juli 2008 wurden konkrete Projekte als Ziele der UMed genannt, nämlich wie folgt:⁴⁰

- die Säuberung des Mittelmeers;
- die Einrichtung von transnationalen Schifffahrtsstraßen und Autobahnen;
- die Schaffung eines gemeinsamen Katastrophenschutzes;
- ein „mediterrane Solarplan“, der als Energiekonzept in der Region dienen soll;
- Forschung und Entwicklung im Rahmen einer euromediterranen Universität mit Sitz in Slowenien;
- mediterrane Geschäftsentwicklungsinitiative zur Förderung von KMUs.

Als politisches Ziel wurde in der Pariser Abschlusserklärung die Schaffung eines Nahen Ostens ohne Massenvernichtungswaffen formuliert. Die teilnehmenden Staaten bekannten sich zudem zur „Stärkung der Demokratie und des politischen Pluralismus“ und lehnten sowohl jede Form von Terrorismus als auch alle Versuche, eine Religion oder Kultur mit Terrorismus in Verbindung zu bringen, ab. In der zentralen Frage zur Lösung des Nahostkonflikts einigten sich die teilnehmenden Länder auf die Formulierung, dass man den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern auf Basis des Annapolis-Prozesses unterstützen wolle, ohne jedoch konkrete Ziele oder Lösungsansätze zu nennen.⁴¹

Zwischen den 43 beteiligten Staaten wird es künftig in einem Turnus von 2 Jahren ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs geben, das jeweils mit einer gemeinsamen politischen Deklaration enden und mit einer Liste von konkreten Projekten zur Umsetzung in der Region aufwarten soll. Diese Schlussfolgerungen sollen die Basis für ein zweijähriges Arbeitsprogramm für die UMed bilden. Die jährlich stattfindenden Treffen der Außenminister dienen dazu, den Prozess zu überwachen und die nächsten

³⁹ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008, 11.

⁴⁰ Ebenda, Annex.

⁴¹ Ebenda, 10.

Treffen der Staats- und Regierungschefs vorzubereiten sowie – falls erforderlich – neue Projekte zu bewilligen.⁴² Der Vorsitz wird gemeinsam von einem EU-Mitglied und einem Mittelmeerpartner geführt; die erste Co-Präsidentschaft wurde von Frankreichs Präsident Sarkozy und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak übernommen. Der Bestellungsmechanismus der „europäischen“ Co-Präsidentschaft orientiert sich an den Ratspräsidentschaften, während die mediterrane Co-Präsidentschaft auf konsensualer, erneuerbarer Periode von zwei Jahren gewählt wird. Außerdem wird ein gemeinsames Sekretariat⁴³ und ein *Joint Permanent Committee* (JPC) geschaffen. Dieses JPC hat seinen Sitz in Brüssel und dient der Vorbereitung der Treffen der *Senior Officials*. Darüber hinaus dient es gleichsam als „Frühwarnereinheit“, sollte eine außergewöhnliche Situation in der Region eine rasche Konsultation der EuroMed-Partner erfordern.⁴⁴

Themen wie Energie, Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Immigration und Handel sollen im Zentrum der Diskussionen der Gipfeltreffen stehen. Überdies wurde der strategischen Bedeutung von Wasser dadurch Rechnung getragen, dass bei der EuroMed-Ministerkonferenz in Jordanien im Oktober 2008 eine mediterrane Wasserstrategie definiert werden soll, welche die Konservierung der bestehenden Wasserressourcen und eine effiziente und nachhaltige Verwendung von Wasser regelt.⁴⁵

⁴² Ebenda, 13.

⁴³ Das Mandat des Sekretariats ist technischer Natur, während das politische Mandat den Außenministern und *Senior Officials* übertragen wurde.

⁴⁴ Vgl. Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008, 15.

⁴⁵ Ebenda, Annex.

6. Schlussfolgerungen und Entwicklungsperspektiven

Die Idee eines neuen „mare nostrum“ weckt Träume von einem großen gemeinsamen Wirtschaftsraum.⁴⁶ Es besteht darüber hinaus kein Zweifel, dass Europa und die EU im Mittelmeerraum vitale Interessen besitzen. Entwicklungen in dieser Region haben einen viel größeren und auch sichtbareren Einfluss auf die EU als auf die USA.⁴⁷ Der EU fehlt es aber dennoch an einer umfassenden strategischen Vision für diese Region – insbesondere die Frage, wie die EU einen wirklichen Akteursstatus in der Region bekommen könnte, bleibt nach wie vor unbeantwortet. Mit der Schaffung eines „Barcelona Plus“-Prozesses wurde nach Jahren der Dominanz der (süd-)östlichen Nachbarschaft der EU wieder die Mittelmeerdimension auf eine gleiche Ebene wie die Ostdimension gestellt. Dennoch gilt wie für den Barcelona-Prozess selbst, dass den hohen Zielen und den Hoffnungen, die in die UMed gesetzt werden, Taten folgen müssen – und dass es sich wirklich um ein Instrument aller EU-Mitgliedstaaten und nicht nur um eine rein französische Initiative handelt. Überdies muss auch die Sichtbarkeit des Prozesses für die allgemeine Öffentlichkeit verbessert werden, damit der UMed das Schicksal des Barcelona-Prozesses erspart bleibt. Die Erwartungen sind hoch, dass die Struktur der UMed, die auf einer geteilten Präsidentschaft eines Landes aus dem Norden und eines Landes aus dem Süden beruht, allen Beteiligten gleiche Rechte und Pflichten einräumen und der Union durch regelmäßige Gipfel, die alle zwei Jahre abzuhalten sind, größeren politischen Einfluss verleihen wird. Gleichzeitig muss sich aber Europa bewusst darüber werden, dass das Hauptproblem, die Lösung des Nahostkonflikts, wohl auch durch die UMed schwer zu lösen sein dürfte. Dies hat zur Folge, dass, solange das Nahostproblem nicht endgültig gelöst ist, weder Israel noch die Palästinensischen Gebiete in der Lage sein werden, eine Co-Präsidentschaft für die UMed zu stellen. Aufgrund dieser Tatsache dürften sich wohl auch die arabischen Staaten nur sehr zögerlich an der besagten Initiative beteiligen.

Daher war es bereits ein erster Erfolg (auch für Präsident Sarkozy), dass die Präsidenten von Syrien und Israel, Assad und Olmert, im Rahmen des Pariser Gipfeltreffens an einem Tisch saßen. Dieser Umstand wurde nur durch das Fernbleiben

⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung: Sarkozys Mittelmeer-Union gegründet, 14. Juli 2008, 1.

⁴⁷ Möller/Hanelt (2008): Securing the Future: Europe's Agenda for a More Peaceful Neighbourhood, Discussion Paper, XIth Kronberg Talks "Europe and the Middle East", Bertelsmann Stiftung, January 17-19, 2008.

des libyschen Staatspräsidenten Gaddafi getrübt. Trotz all dieser Symbolik bleibt abzuwarten, ob die EU mit dem Konzept der UMed die notwendige umfassende Strategie für die Mittelmeerregion gefunden hat – und ob deren Staaten bereit sind, gemeinsam mit der EU diesem Projekt zum Erfolg zu verhelfen. Mit der neuen Initiative besteht die reale Chance, Angelegenheiten und Ziele, die mit dem alten Barcelona-Prozess nicht oder nur unzureichend erreicht wurden, neu und mit verstärktem Engagement anzugehen. Vor allem aber können nunmehr transparente Konsultationsforen für die Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern geschaffen werden, die auf den Prinzipien einer geteilten Verantwortung und von *co-ownership* basieren.

Dennoch wird der Erfolg der UMed weniger an den diplomatischen Gesten als vielmehr an konkreten, erfolgreich durchgeführten Projekten gemessen werden. Die Vorstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums rund um das Mittelmeer, in dem rund 780 Millionen Menschen die Dynamik und die Entwicklungsmöglichkeiten gemeinsam nutzen, klingt verlockend. Bei allem grundsätzlichen Optimismus bleibt jedoch festzuhalten, dass es sich bei dieser Vorstellung bisher nur um eine Utopie handelt.

Literaturverzeichnis

- Aliboni, Roberto/Driss, Ahmed/Schumacher, Tobias/Tovias, Alfred (2008): Putting the Mediterranean Union in Perspective. EuroMeSCo Paper 68, June 2008, online zugänglich unter: <http://www.euromesco.net/images/paper68eng.pdf> (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Aliboni, Roberto/Joffe, George/Lannon, Erwan/Mahjoub, Azzam/Saaf, Abdallah/Vasconcelos, Álvaro de (2008): Union for the Mediterranean: Building on the Barcelona *acquis*. ISS Report, No. 01, 13 May 2008, online zugänglich unter: http://www.iss.europa.eu/uploads/media/ISS_Report01.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Aliboni, Roberto (2008): The Union for the Mediterranean Initiative: A View from Southern Europe. IAI Working Paper, IAI0802, February 2008, online abrufbar unter: <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iai0802.pdf> (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2000): Gemeinsame Strategie des Europäischen Rates vom 19. Juni 2000 für den Mittelmeerraum (2000/458/GASP), 22.7.2000, online abrufbar unter: http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexapi!prod!CELEXnumdoc&lg=DE&numdoc=32000E0458&model=guichett (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Aus Politik und Zeitgeschichte (2005): Barcelona-Prozess. In: APuZ 45/2005, 7. November 2005, online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/files/A35BIR.pdf> (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Balfour, Rosa (2008): Shoring up the EU's Mediterranean policy: where next? EPC Commentary, 3.7.2008, online verfügbar unter: <http://www.epc.eu/en/pub.asp?TYP=TEWN&LV=187&see=y&t=&PG=TEWN/EN/detailpub&l=12&AI=938> (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Balfour, Rosa/Schmid, Dorothee (2008): Union for the Mediterranean, disunity for the EU? EPC Policy Brief, February 2008, online abrufbar unter: http://www.epc.eu/TEWN/pdf/235206674_Union%20for%20the%20Mediterranean.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Behrens, Rolf/Birringer, Thomas u. a. (2008): Union für das Mittelmeer – Hoffnung und ein steiniger Weg. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 18. Juli 2008, online abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14240-544-1-30.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Bounenni, Bassam (2008): Is the Mediterranean Union of any use? In: The Daily Star, Commentary, July 11, 2008, online verfügbar unter: http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=5&article_id=93983 (letzter Zugriff: 10.10.2008).

- Bulletin EU 6-2004: Beziehungen zu den südlichen Mittelmeerdriftländern und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, 20.8.2008.
- Bulletin EU 6-2004: Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Strategische Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten, 20.8.2008.
- Bundeskanzlerin (Internetportal): Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy, Mitschrift Pressekonferenz, 3.3.2008, online abrufbar unter:
http://www.bundeskanzlerin.de/nn_179150/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2008/03/2008-03-03-pk-merkel-sarkozy.html (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Economist.com: Club Med: The Mediterranean, north and south, is forming a single economic unit: Europe should make it a powerful one. From *The Economist* print edition, Jul 10th 2008, online abrufbar unter:
http://www.economist.com/opinion/displaystory.cfm?story_id=11707183 (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Emerson, Michael (2008): Making sense of Sarkozy's Union for the Mediterranean. CEPS Policy Brief, No. 155, 7 March 2008, online frei erhältlich unter:
http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1624 (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Erlanger, Steven (2008): Memo from Paris: Union of Mediterranean, About to Be Inaugurated, May Be Mostly Show. In: *The New York Times*, July 7, 2008, online verfügbar unter:
<http://www.nytimes.com/2008/07/07/world/europe/07sarkozy.html?partner=rssnyt&emc=rss> (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- EurActiv.com: Germany and France reach agreement on Mediterranean Union, 5 March 2008, online abrufbar unter: <http://www.euractiv.com/en/enlargement/germany-france-reach-agreement-mediterranean-union/article-170739> (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- EuroMeSCo Report: Barcelona Plus: Towards a Euro-Mediterranean Community of Democratic States, April 2005, online verfügbar unter:
http://www.euromesco.net/media/barcelonaplus_en_fin.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- European Commission: Europe and the Mediterranean: towards a closer partnership. An overview of the Barcelona Process in 2002, March 2003, online verfügbar unter:
http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/publications/closer_en.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2008).

- FT.com: France's Club Med, July 10, 2008, online abrufbar unter: http://www.ft.com/cms/s/0/06b2ab14-4eaf-11dd-ba7c-000077b07658,dwp_uuid=0e3b4494-227d-11dd-93a9-000077b07658.html?nclick_check=1 (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Ganley, Elaine (2008): France launching watered-down Mediterranean union. Associated Press (AP), July 11, 2008.
- GOEuroMed: The Union for the Mediterranean: a new impetus for the EMP?, 29.5.2008, online abrufbar unter: http://go-euromed.org/documents/Article_on_MedUnion-PG290508.pdf (letzter Zugriff: 10.10.2008).
- Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean, Paris, 13 July 2008.
- Jünemann, Annette (2001): Die EU und der Barcelona-Prozess – Bewertung und Perspektiven. In: Integration, Heft 1/2001, 42-57.
- Melander, Ingrid (2008): EU leaders to endorse Mediterranean Union, Reuters UK, March 14, 2008, online abrufbar unter: <http://uk.reuters.com/article/worldNews/idUKL1468253220080314> (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- Rat der Europäischen Union: Tagung des Europäischen Rates vom 13./14. März 2008 in Brüssel – Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 7652/1/08 REV 1, 14. März 2008, online verfügbar unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/99429.pdf (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- Schmid, Dorothée (2008): Die Mittelmeerunion – ein neuer französischer Motor für die europäische Mittelmeer-Politik? DGAPanalyse Frankreich, N° 1, Januar 2008, online verfügbar unter: http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-1dcd5610ee0c554d56111dcba50e592d74719441944/2008_01_dgapana_f_schmid_www.pdf (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- Schwarzer, Daniela/Werenfels, Isabelle (2008): Formelkompromiss ums Mittelmeer. Die EU verpasst die Chance, die Kooperation grundlegend zu überarbeiten. SWP-Aktuell 24, April 2008, online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4849 (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- Soler i Lecha, Eduard (2008): Why Sarkozy's Mediterranean plan is arousing suspicions. Europe's World, Summer 2008, online verfügbar unter: <http://www.europesworld.org/EWSettings/Article/tabid/191/ArticleType/ArticleView/ArticleID/21012/LUnioneuropenneplongeunefoisdeplusenMditerrane.aspx> (letzter Zugriff: 11.10.2008).

- Soler i Lecha, Eduard (2008): *Proceso de Barcelona: Unión por el Mediterráneo*. Opex, Documento de Trabajo 28/2008.
- Spencer, Claire (2008): *Europe and the Mediterranean: Eyeing Other Shores*. In: *The World Today*, Chatham House, Volume 64, Number 7, July 2008.
- Werenfels, Isabelle (2008): *Which European Expectations Concerning the Mediterranean Union?* *Actuelles de l'Ifri*, 11. Juli 2008, online verfügbar unter: http://www.ifri.org/frontDispatcher/ifri/publications/actuelles_de_l_ifri_1197584475485/publi_P_actuelles_mom____1215769470385 (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- tagesschau.de: Stichwort Mittelmeerunion. Rubrik Ausland, 14.3.2008.
- Teslik, Lee Hudson (2008): *A Mediterranean Rendezvous*. Council on Foreign Relations, *Daily Analysis*, July 14, 2008, online abrufbar unter: http://www.cfr.org/publication/16762/mediterranean_rendezvous.html (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- Waterfield, Bruno (2008): *Gaddafi attacks Sarkozy plan for Union of the Med*. *Telegraph.co.uk*, 10 Jul 2008, online abrufbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/2277517/Gaddafi-attacks-Sarkozy-plan-for-Union-of-the-Med.html> (letzter Zugriff: 11.10.2008).
- Zorob, Anja (2008): *Projekt „Mittelmeerunion“ – „neuer Schub“ für die EU-Mittelmeerpolitik?* *GIGA Focus*, Nummer 5, online verfügbar unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0805.pdf (letzter Zugriff: 11.10.2008).